

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Bau- und Entwicklungsausschuss	05.12.2024	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	14:30 - 18:35 Uhr

Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzende

Schriftführer

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Sitzung findet für den TOP 1 und den TOP 2 gemeinsam mit dem Ortsbeirat Ungstein statt. Für den TOP 5 ist der Klimabeirat zur Sitzung eingeladen worden.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.



Tagesordnung:Öffentliche Sitzung:

- 1 Montessorischule
hier: Vorstellung des Konzepts und Festlegung der weiteren Vorgehensweise
- 2 Bebauungsplan Spielbergweg
hier: Weitere Vorgehensweise
- 3 Flächennutzungsplan der Stadt Grünstadt
hier: Beteiligung der Behörden gemäß § 20 Landesplanungsgesetz
- 4 Flächennutzungsplan und Bebauungsplan zur Erweiterung des "Fashion-Outlet Zweibrücken"
hier: Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
- 5 Kommunale Wärmeplanung
hier: Aktueller Sachstand
- 6 Erstellung eines jährlichen Berichts zur Situation hinsichtlich der städtischen Wohnungen
hier: Bericht für das Jahr 2024 in Bezug auf den Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.09.2023
- 7 Aufbau eines Leerstandsmanagements für die Stadt Bad Dürkheim
hier: Beratung über die weitere Vorgehensweise in Bezug auf den Antrag der Stadtratsfraktion SPD vom 29.04.2024
- 8 Informationen
 - Sachstandsbericht Radverkehr
 - Therme
 - Stadtgrün Naturnah
- 9 Anfragen

Anwesenheitsliste

Bau- und Entwicklungsausschuss

vom 05.12.2024

Bürgermeisterin:

Bauernschmitt, Natalie

CDU:

Hanke, Alexander

Hoffmann, Gisela

Kalbfuß, Thomas

Riedle, Stefan

Rings, Manfred

Schneeganß, Peter

Wolf, Markus

Vertretung für Frau Christine Michler

ohne TOP 11 - TOP 12

SPD:

Brust, Alexander

Lang, Ralf

Müller, Beate

FWG:

Freunscht, Jürgen

Günther, Axel G.

Parti, Arun

FDP:

Brodhag, Peter

Schacht, Thorsten

Vertretung für Frau Staatssekretärin Petra Dick-Walther

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bühlmeier, Almut

Hagen, Judith

Mühlbeier, Ralph

Vertretung für Herrn Dr.-Ing. Armin Ulonska

Verwaltungsmitarbeiter:

Kaiser, Andrea

Müller, Petra

Wietschorke, Steffen

für TOP 6

Schriftführer:

Wey, Mathias

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Montessorischule

hier: Vorstellung des Konzepts und Festlegung der weiteren Vorgehensweise

Vorlage: 2024/0296/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt begrüßt Frau Tolone und Frau König-Ehlbeck aus dem Vorstand der Montessorischule.

Die Vertreter der Montessorischule erläutern mit einer Präsentation das Profil und die Entwicklungsgeschichte der Schule. Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

OV Wolf dankt für die heutige gemeinsame Sitzung des Bau- und Entwicklungsausschusses und des Ortsbeirates Ungstein. Der Ortsbeirat Ungstein hätte sich in der Vergangenheit bereits ausführlich mit dem Thema befasst und sich mit dem Vorstand der Schule ausgetauscht. Der Ortsbeirat Ungstein begrüße mehrheitlich ausdrücklich das Projekt und sieht hier ein gutes Entwicklungspotential für den Ortsteil.

Auch AM Hagen begrüßt das Projekt der Montessorischule. Frau Tolone erläutert auf Nachfrage von AM Hagen, dass Grundstücksflächen gekauft werden können. Ein Finanzierungsrahmen sei mit den Banken abgesprochen worden, sodass bei passender Gelegenheit ein Ankauf zügig umgesetzt werden könne. In Bezug auf die angedachten Flächen in Ungstein teilt Frau Tolone mit, dass die Gespräche mit den Grundstückseigentümern noch geführt werden müssten.

Bürgermeisterin Bauernschmitt ergänzt, dass in der heutigen Sitzung der politische Wille für die Umsetzung des Projekts und für die Aufstellung eines Bebauungsplans zum Ausdruck kommen solle. Frau Tolone erläutert auf Nachfrage von AM Parti, dass mit einer Phase von 2 – 3 Jahren zu rechnen sei, bevor mit dem eigentlichen Bau des Gebäudes begonnen werden könne.

OM Michael Wolf begrüßt das Projekt grundsätzlich, macht aber auf die lösbaren Verkehrsprobleme aufmerksam. Ausdrücklich unterstütze der Ortsbeirat die Ansiedlung der Montessorischule, da auch der Bau einer Sporthalle geplant sei. Hier könnten sich Synergien mit den ansässigen Vereinen schaffen lassen.

AM Markus Wolf hält fest, dass es sich heute um ein klares Signal an die Grundstückseigentümer und an die Schule hinsichtlich der Realisierung des Schulprojekts handele. Ziel muss sein, schnellstmöglich die Umsetzung des Projekts anzugehen.

AM Lang teilt für die SPD Fraktion mit, dass man das Projekt unterstützt. Auf Nachfrage von AM Lang teilt der Vorstand mit, dass bei einer fehlenden Einigung mit den Grundstückseigentümern andere Alternativen zum Tragen kommen. Diese Pläne seien allerdings zum heutigen Tag nicht ausgereift und können nicht öffentlich erläutert werden.

Auf Nachfrage von AM Müller teilt Frau Müller mit, dass es sich bei den der Beschlussvorlage beigefügten Planzeichnung um den alten Bebauungsplan handele – nicht um eine Planung der Schule.

Nachrichtlich Ortsbeirat Ungstein:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja: 6 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Beschlussvorschlag:

Die Stadt unterstützt die Bestrebungen der Montessorischule im Bereich „An der Wäschbach“ (nördlich der Honigsäckelstraße zwischen dem Grundstück der Zeugen Jehovas und dem Sportplatz) eine Schule zu errichten und ist bereit hierfür ein Bebauungsplanverfahren zur Schaffung von Baurecht einzuleiten.

Seitens der Stadt wird in absehbarer Zukunft für diese Fläche kein Baurecht für eine anderweitige Nutzung geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja: 19 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 2:

Bebauungsplan Spielbergweg
 hier: Weitere Vorgehensweise
 Vorlage: 2024/0297/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein und erläutert kurz den aktuellen Stand.

Bürgermeisterin Bauernschmitt weist daraufhin, dass alle Anwohner die im Spielberg wohnen oder dort Angehörige haben, nicht an der Beratung teilnehmen und vom Beratungstisch abrücken sollen.

OV Wolf geht für den Ortsbeirat Ungstein auf die Historie des Verfahrens ein und erläutert die verschiedenen Interessenslagen. Der Sachverhalt sei bereits viele Jahre im Ortsbeirat Ungstein ein Thema und hinreichend diskutiert werden. Der Ortsbeirat begrüße den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

AM Bühlmeier zeigt auf, dass nur der südliche Teil ausgebaut werden sollte, die Planung für den nördlichen Teil sollte deshalb ruhen.

Auf Nachfrage von AM Mühlbeier erläutert Frau Müller, dass die bereits bestehende Entwurfsplanung für den Spielbergweg in das Bebauungsplanverfahren einfließe und nicht verloren sei. Unstrittig sei, dass das Verfahren insgesamt zu lange dauere.

AM Hagen sieht die Notwendigkeit einer verkehrlichen Entlastung für den Ortsteil Ungstein. Auf Nachfrage erläutert Herr Wietschorke, dass noch keine weiteren Informationen hinsichtlich der Realisierung der B271neu vorlägen. Beim LBM lägen eine Vielzahl von Einwendungen vor, die derzeit geprüft werden. Auf Nachfrage von AM Hagen teilt Frau Müller mit, dass die Flächen östlichen der Nordspange aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen wurden und dort keine Wohnbaufläche vorgesehen sei. Hier bestehen auch entsprechende Beschlüsse der Gremien.

Beschlussvorschlag:

Der Bebauungsplan Spielbergweg wird in zwei Teile geteilt, der südliche Teil (bis Einmündung Waldgasse) des Bebauungsplanes wird schnellst möglich zur Rechtskraft gebracht und ausgebaut. Der nördliche Teil wird bis auf weiteres nicht weiterbearbeitet.

Nachrichtlich Ortsbeirat Ungstein:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Ja: 4 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 2

Abstimmungsergebnis:

Zugestimmt mit Stimmenmehrheit

Ja: 18 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 3:

Flächennutzungsplan der Stadt Grünstadt

hier: Beteiligung der Behörden gemäß § 20 Landesplanungsgesetz

Vorlage: 2024/0298/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Zur Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Stadt Grünstadt im Rahmen des Antrags auf landesplanerische Stellungnahme gemäß § 20 Landesplanungsgesetz Rheinland-Pfalz werden von Seiten der Stadt Bad Dürkheim keine Bedenken und Anregungen vorgebracht.

Sollten die Grundzüge der Planung nicht verändert werden, ist eine erneute Beteiligung im weiteren Verfahren von unserer Seite nicht notwendig.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja: 19 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 4:

Flächennutzungsplan und Bebauungsplan zur Erweiterung des "Fashion-Outlet Zweibrücken"

hier: Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 2024/0299/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Zu der 20. Teiländerung des Flächennutzungsplanes für die Erweiterung des Zweibrücken Fashion Outlet der Stadt Zweibrücken und dem Bebauungsplan „Fabrikverkaufszentrum Zweibrücken“ jeweils im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB werden von Seiten der Stadt Bad Dürkheim keine Bedenken und Anregungen vorgebracht. Sollten die Grundzüge der Planung nicht verändert werden, ist eine erneute Beteiligung im weiteren Verfahren von unserer Seite nicht notwendig.

Abstimmungsergebnis:

Zugestimmt mit Stimmenmehrheit

Ja: 18 , Nein: 1 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 5:

Kommunale Wärmeplanung

hier: Aktueller Sachstand

Vorlage: 2024/0306/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt begrüßt die Mitglieder des Klimabeirats und die Mitarbeiterin Frau Buccoliero vom Planungsbüro Team für Technik.

Mit einer Präsentation wird auf den Zeitplan der kommunalen Wärmeplanung eingegangen. Es wird erläutert, dass eine Kommunale Wärmeplanung lediglich eine Empfehlung darstellt, aber keine Verbindlichkeit entfaltet. Im weiteren Verlauf werden die Bestandsanalyse, Potentialanalysen, Zielszenarien präsentiert und erläutert. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem eingestellt.

Auf Nachfrage von AM Michael Wolf wird erläutert, dass man eine Wärmelieferung der Firma Vulcan zu gegebener Zeit wieder aufgreifen könne, wenn entsprechende Voraussetzungen vorlägen. Frau Buccoliero legt dar, dass ein größeres Wärmenetz nicht realistisch umsetzbar sei. Größere Städte hätten eine höhere Verbrauchsdichte als kleinere Kommunen. AM Prof. Giel ergänzt, dass gerade Mannheim einen Überschuss von Wärme aufweise, die lediglich verteilt werden müsse. Es fallen somit weniger Investitionskosten an; in Bad Dürkheim müssten entsprechende Wärmeerzeuger erst hergestellt werden. Durch das Vorhandensein von Wärmeerzeugung oder entsprechenden Leitungen seien die entsprechende Projekte rentabler.

Frau Buccoliero teilt auf Nachfrage von AM Markus Wolf mit, dass die Fokusgebiete untersucht werden – diese Gebiete können auf andere (vergleichbare) Gebiet in Bad Dürkheim übertragen werden (z.B. Neubau, Bestand, Topografie u.a.).

AM Kalbfuß sieht gerade in der Innenstadt nicht die Möglichkeit eine Wärmepumpe aufzustellen. Ein Gasnetz könnte hier durchaus für Lösungen sorgen. Frau Buccoliero teilt auf Nachfrage mit, dass Wasserstoff, nach derzeitigen Erkenntnissen, nicht für eine Wärmegewinnung genutzt werden könne; dass wird von Seiten der Fachplaner als nicht realistisch verworfen.

Prof. Giel erläutert, dass die Wärmeplanung die Potentiale für eine Fernwärmeversorgung darstellt. Für die übrigen Flächen müssten individuelle Lösung nach der Wärmeplanung erarbeitet werden. Frau Müller ergänzt, dass es sich um einen Zwischenbericht handele. Im nächsten Schritt werden Fokusgebiete untersucht – z. B. Gebiet „Catoir“. Hier wird untersucht, ob die Versorgung größerer Gebäude (Haus Catoir, Dürkheimer Haus, Pestalozzischule, Kita Isenach usw.) wirtschaftlich darstellbar sei – dann könnten die Gebiete entsprechend erweitert werden (Insellösung mit Erweiterungspotential).

AM Lang hält fest, dass das Thema für die Bürger konkret werden müsse. Prof. Giel weist auf bereits stattgefundenen Veranstaltungen hin, bei denen div. Alternativen zur Fernwärme erläutert wurden.

Auf Nachfrage von Herrn Blass wird erläutert, wie die Fläche von Erdwärmekollektoren errechnet wurde.

Dr. Kistenmacher erläutert verschiedene Wärmequellen. Wasserstoff werde überwiegend industriell eingesetzt; ein Einsatz in privaten Haushalten sei nicht vorgesehen. Weiter gebe es für Biogas keine Anbieter – gerade im letzten Jahr seien zwei Anbieter insolvent gegangen. Ein Ausbau des Fernwärmenetzes sei auch nur mit Zuschüssen möglich. Ohne Zuschüsse sei eine Umsetzung nur schwer umzusetzen. Für den Kunden müssen die Anschlüsse an die Fernwärme auch finanzierbar sein.

Für AM Markus Wolf ist entscheidend, was am Schluss auch tatsächlich realistisch umzusetzen sei. Es seien entsprechende Konzepte zu erstellen. Die Fokusgebiete werden mitentscheidend sein. Die Bürger müssen in dem Prozess mitgenommen werden und Lösungen angeboten werden. Dort wo keine Lösung durch die Stadt angeboten werden kann, müssen entsprechende Angebote gemacht werden, damit Bürger weiterhin kostengünstig mit Energie versorgt werden können.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass eine Wärmegewinnung aus Abwasser in Bad Dürkheim technisch und wirtschaftlich nicht darstellbar ist. Es wird weiter erläutert, dass das Netzentgelt für den einzelnen Gasabnehmer durchaus steigen könne, wenn weniger Kunden das Gasnetz nutzen.

Frau Müller weist abschließend daraufhin, dass die Wärmeplanung offengelegt wird. Vorher erfolgt noch einmal eine entsprechende Billigung durch den Bau- und Entwicklungsausschuss.

Der Klimabeirat verlässt um 16:28 Uhr die Sitzung.

Beschluss:

Nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 6:

Erstellung eines jährlichen Berichts zur Situation hinsichtlich der städtischen Wohnungen
hier: Bericht für das Jahr 2024 in Bezug auf den Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.09.2023

Vorlage: 2024/0301/2.5

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein.

Frau Kaiser geht auf den Wohnungsbestand der Stadt Bad Dürkheim ein. Insgesamt verfüge die Stadt über 186 Wohnungen. Es wird der Zustand der Wohnungen, die Renovierung und Sanierung einzelner Objekte erläutert.

AM Hagen bedankt sich für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bei der Verwaltung für die Erstellung des Berichts. Dieser Bericht solle für eine Transparenz, was die städtischen Wohnungen angehe. Im weiteren Verlauf solle der Bericht in den nächsten Jahren nun mit weiteren Informationen ausgebaut und fortgeschrieben werden.

AM Brodhag sieht den Bericht als guten Einstieg. Ihm fehlt zusätzlich die Mietdauer der einzelnen Mieter in den Wohnungen. Wie viele potentielle Mieter stehen auf einer Warteliste? Wie ist diese Warteliste organisiert? Wie ist der Wohnungsmarkt außerhalb der Verwaltung aufgestellt? Er bittet diese Fragen in dem Bericht zu ergänzen. AM Brodhag verweist auf die Stadt Grünstadt, die einen entsprechenden Bericht 2019 auf den Weg gebracht hat. Er hält hier ein Benchmarking für sinnvoll. Ein Bericht der IWW geht davon aus, dass in den Jahren 2026-2040 eine Überdeckung des Wohnungsbedarfs über 40 % in Bad Dürkheim eintrete und deshalb kein Bedarf für neue Wohnungen bestehen könnte.

Frau Kaiser erläutert, dass aufgrund der Personalaufstockung Mietrückstände der vergangenen Jahre aufgearbeitet werden. Es wird erläutert, dass die Mietwohnungen zum Teil auch noch an die ersten Mieter vergeben und deshalb Mieterhöhungen zum Teil nur schwer durchsetzbar seien. Hinsichtlich der Wartelisten wird dargelegt, dass derzeit rund 84 Parteien auf der Liste stehen. Überwiegend sind Personen auf der Warteliste die aufgrund persönlicher Gründe auf dem freien Wohnungsmarkt nicht unterkommen – hier sei die Stadt gefragt entsprechenden Wohnraum anzubieten.

Auf Nachfrage von AM Hoffmann erläutert Frau Kaiser, dass nicht immer ein Wohnberechtigungsschein erforderlich sei. Trotzdem werden nach Möglichkeit die Wohnungen an sozialschwächere Mieter vergeben.

AM Wolf hält es für wichtig, dass konkret über die Modernisierung der Wohnungen gesprochen und diese entsprechend fortgesetzt wird. Parallel hierzu soll der Bericht fortgeschrieben werden.

AM Hagen verweist noch einmal auf den Antrag der Grünen, in welchem noch weitere Kriterien genannt sind, die in dem Bericht aufgenommen werden können.

AM Lang dankt für die SPD Fraktion für den Bericht.

Bürgermeisterin Bauernschmitt dankt der Verwaltung für den Bericht. Zu gegebener Zeit werde man den Bericht fortschreiben und dann erneut im Bau- und Entwicklungsausschuss vorstellen.

Beschluss:

Nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 7:

Aufbau eines Leerstandsmanagements für die Stadt Bad Dürkheim

hier: Beratung über die weitere Vorgehensweise in Bezug auf den Antrag der Stadtratsfraktion SPD vom 29.04.2024

Vorlage: 2024/0300/2.5

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert die Beschlussvorlage und geht auf den Sachverhalt ein.

AM Lang geht für die SPD Fraktion auf den Antrag ein.

Die Verwaltung legt dar, dass das Projekt derzeit keine Priorisierung hat. Die Priorität liegt auf der Erstellung von Bebauungsplänen, damit entsprechender Wohnraum geschaffen werden könne.

AM Wolf unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, die Prioritäten in die Schaffung von Baurecht zu setzen. Ein Leerstandsmanagement ist für die CDU Fraktion das falsche Instrument die Leerstände zu reduzieren. Durch die Verwaltung werde mit Sicherheit bei entsprechenden Bedarf eine Beratung angeboten, um Leerstände bei Interesse entsprechend zu reduzieren.

AM Mühlbeier teilt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit, dass der Antrag nicht unterstützt werden kann. In Landau seien gerichtliche Verfahren in dieser Sache anhängig. Priorität genieße für die Fraktion die Schaffung eines Eigenbetriebs für die Verwaltung der städtischen Mietwohnungen.

Beschlussvorschlag:

Die Einführung eines Leerstandsmanagements wird derzeit nicht in Angriff genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zugestimmt mit Stimmenmehrheit

Ja: 13 , Nein: 4 , Enthaltung: 2 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 8:

Informationen

- Sachstandsbericht Radverkehr
- Therme
- Stadtgrün Naturnah

- Sachstandsbericht Radverkehr

Herr Wietschorke informiert über die geplante Fahrradstraße in der Bürgermeister-Gropp-Straße. Die Maßnahme sei entsprechend im Rahmen einer Bürgerinformationsveranstaltung vorgestellt worden und traf auf Zustimmung.

Die Fahrradstraße in der Salinenstraße wurde aufgrund der Bauarbeiten zurückgestellt.

Hinsichtlich der Radschutzstreifen an der L 516 / L 517 wird mitgeteilt, dass hier noch Abstimmungen mit dem LBM erforderlich sind.

Herr Wietschorke geht auf die aufgestellten Radabstellanlagen ein. Derzeit seien 13 Abstellplätze vermietet. Es sei eine Marketingkampagne geplant, um die Auslastung zu erhöhen. Auch soll eine Informationsveranstaltung stattfinden, zu der Anfang des kommenden Jahres eingeladen werde. Es wird berichtet, dass die Maßnahme endabgerechnet wurde und die Fördermittel in Höhe von rund 126.000,- Euro eingegangen sind.

Herr Wietschorke legt dar, dass die Beschilderung für den Radverkehr im Bereich der Saline aufgestellt wurde.

Zu gegebener Zeit wird der Bericht fortgeschrieben.

- Therme

Herr Wietschorke erläutert den aktuellen Baufortschritt.

- StadtgrünNaturnah

Es liegt eine Förderzusage von rund 101.000,- Euro vor. Mit diesen Mitteln soll u.a. ein Pflegekonzept aktualisiert, der Ortseingang Mannheimer Straße umgestaltet, Personal fortgebildet und Bodenverbesserungen für Platanen vorgenommen werden.

Tagesordnungspunkt 9:**Anfragen**

- Auf Nachfrage von AM Hagen teilt Herr Wietschorke mit, dass für die Baumaßnahme Rustengut noch ein Planungsbüro beauftragt werden muss. Die Baumaßnahme solle erst Mitte des nächsten Jahres ausgeschrieben und Ende des Jahres beginnen. Für die Baumaßnahme Holzweg wurde eine Vorstudie erarbeitet – auch hier werde die Maßnahme gemeinsam mit den Stadtwerken durchgeführt.
- Herr Wietschorke teilt auf Nachfrage von AM Kalbfuß mit, dass die Überquerungshilfe Triftweg im Bereich der Stadtwerke aufgrund von div. Baustellen in diesem Bereich zurückgestellt wurde. Die Schwierigkeit besteht darin, die Zufahrt zur Tankstelle sicherzustellen. Es fehle noch die abschließende Rückmeldung des Straßenbaulastträgers. Die Verwaltung wird hier noch einmal nachfragen.